

|   |                              |                    |
|---|------------------------------|--------------------|
| <b>Anfrage</b><br>öffentlich  | Datum<br>05.07.2022          | Nummer<br>F0185/22 |
| Absender<br>Stadträtin Julia Brandt (SPD-Stadtratsfraktion)<br><b>SPD-Stadtratsfraktion</b> |                              |                    |
| Adressat<br>Oberbürgermeisterin<br>Frau Simone Borris                                       |                              |                    |
| Gremium<br>Stadtrat   | Sitzungstermin<br>07.07.2022 |                    |

|   |
|---|
| Kurztitel<br><b>Zur Situation in der Ausländerbehörde: Terminschwierigkeiten, Prioritätensetzung, Erledigung dringender Angelegenheiten</b> |
|---|

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

in den vergangenen Monaten häufen sich die Rückmeldungen von betroffenen Personen bzgl. notwendiger Amtsgänge bei der Ausländerbehörde, welche mangels Terminvergabe entweder nicht zu Stande kommen oder aufgrund der abzuarbeitenden Verfahren nach wie vor mit nicht mehr abzuschätzenden Wartezeiten versehen sind. Mittlerweile stellt sich die Situation so dar, dass im Fall von Verlängerungen von Aufenthaltserlaubnissen, diese nicht verlängert werden (kein Termin, keine Erreichbarkeit) und so Menschen, die einer geregelten Arbeit nachgehen oder eine Ausbildung aufnehmen wollen, daran gehindert werden. Dies wird begleitet von der vielfachen Beschreibung einer nicht angemessenen Ansprache durch das Sicherheitsfachpersonal, welches den Eingang der Ausländerbehörde sichert.

Auch mit Blick auf die bereits in 2020 gestellte und durch die Verwaltung beantwortete Anfrage F0019/20 ist die Situation für den Erhalt einer deutschen Staatsbürgerschaft auf Antrag nicht besser, sondern eher schlimmer geworden.

Daher frage ich Sie:

1. Wie erfolgt die Terminvergabe für dringende Angelegenheiten wie Aufenthaltsverlängerungen? Bitte auch beschreiben, auf welchen Kommunikationswegen die Terminvergabe erfolgen kann.
2. Sind Ihnen Fälle bekannt, in denen Menschen Ihren Job verlieren oder eine gewünschte Ausbildung nicht aufnehmen können, da sie keine fristgerechte Verlängerung Ihres Aufenthaltsstatus erhalten?
3. Wenn Ihnen solche Fälle bekannt sind, wie werden diese innerhalb der Behörde ausgewertet um weitere Fälle zu vermeiden? Wie werden die Betroffenen konkret unterstützt?
4. An welche Stelle können sich betroffene Personen gebündelt hin wenden, damit im Sinne eines gezielten Abarbeitens dieser dringenden Fälle gehandelt werden kann?
5. Gibt es innerhalb der Ausländerbehörde bzgl. der unterschiedlichen zu bearbeitenden Verfahren Prioritätensetzungen? Bitte listen Sie sowohl nach Personenkreis (EU-Bürger, Nicht-EU Bürger) und Priorität nach eigener Vorgabe / Vorgabe durch Land oder Bund auf.

6. Welche Maßnahmen können kurzfristig ergriffen werden, um eine ordnungsgemäße Abarbeitung dringlicher Angelegenheiten in für die Betroffenen angemessener Zeit vorzunehmen?
7. Wie ist die derzeitige Personalsituation in der Ausländerbehörde und wie muss sich diese weiterentwickeln, damit alle notwendigen Angelegenheiten in angemessener Zeit erledigt werden können? Bitte listen Sie sowohl die Anzahl der benötigten Stellen als auch die zu besetzenden Bereiche auf.
8. Hat die Ausländerbehörde für die Erledigung von Aufgaben Amtshilfe bei anderen Kommunen oder Behörden des Landes oder des Bundes erhalten oder erbeten? Wenn ja, bitte konkret einschließlich Zeitraum der Amtshilfe einzeln auflisten.
9. Wie können die engagierten Security-Firmen bzw. deren Personal zum Umgang mit den Personen, die die Ausländerbehörde besuchen, so sensibilisiert werden, dass diese sich auch wohlfühlen?

Ich bitte um eine kurze mündliche sowie eine ausführliche schriftliche Antwort.

Julia Brandt  
Stadträtin  
SPD-Stadtratsfraktion